

Schulleiter kritisieren Pläne der Finanzdirektion

Leistungslöhne Der Verband wehrt sich gegen «unseriöse Mitarbeitergespräche» für Lehrer, die deren Lohn beeinflussen sollen.

Thomas Dähler

Sämtliche Schulleiterinnen und -leiter der Primarschulen, der Sekundarschulen, der Gymnasien, der Musikschulen und der Berufsfachschulen stellen sich gegen das neue Lohnsystem für Lehrerinnen und Lehrer. Das von der Finanzdirektion geplante Qualifikationssystem für Lehrerinnen und Lehrer sei «unseriös und ungerecht», heisst es in einer Medienmitteilung des Schulleiterverbands. Noch letzte Woche hatte die Regierung in ihrer Stellungnahme zu einem Vorstoss im Landrat behauptet, das Vorgehen zur Einführung des Lohnsystems sei breit abgestützt.

An der Landratssitzung vom Donnerstag ist die Motion von Klaus Kirchmayr (Grüne) traktandiert. Sie verlangt, dass der Landrat die bereits beschlossene Einführung eines lohnrelevanten Mitarbeitergesprächs für Lehrerinnen und Lehrer wieder ablässt. Stimmt der Landrat der Motion zu, wird die Regierung das Anfang dieses Jahres beschlossene Personaldekret entsprechend überarbeiten müssen.

Nicht breit abgestützt

Die zuständige Finanzdirektion hat sich bisher stets geweigert, die von ihr forcierte Lösung zur Umsetzung der Leistungslöhne



Finanzdirektor Anton Lauber wird sich im Landrat gegen die Kritik verteidigen müssen. Foto: Kostas Maros

für Lehrerinnen und Lehrer offenzulegen. Sie würden innerhalb der Schulorganisation «breit abgestützt diskutiert», hatte die Finanzdirektion auf Anfrage der BaZ noch letzte Woche behauptet. Das ist offensichtlich nicht so. Gemäss den jetzt verbreiteten Angaben der Schulleitungen versucht die Regierung gegen den Willen sinnerlicher

Schulleitungen ein System durchzudrücken, das von denjenigen, die es umsetzen müssen, ausnahmslos abgelehnt wird.

Der Vorschlag der Finanzdirektion zur Bewältigung der lohnrelevanten Mitarbeitergespräche sei «gelinde gesagt unprofessionell», heisst es in der Mitteilung des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter

Basel-Landschaft. Gemäss dem von der Regierung noch unter Verschluss gehaltenen Beurteilungssystem müssten, so die Schulleiter, die Leistungen von 90 bis 95 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer ohne Begründung als «gut» bewertet werden. Damit könne sichergestellt werden, dass nur die restlichen 5 bis 10 Prozent der Lehrerinnen

und Lehrer einen Zusatzaufwand auslösten.

Diese von der Regierung als «deutlich schlanker» bezeichnete Form eines Mitarbeitergesprächs will die Regierung offensichtlich entgegen der Empfehlung der selber eingesetzten Arbeitsgruppe einführen. Im Projektgremium sind nach Angaben der Finanzdirektion neben den Schulleitern aller Stufen die Schulratspräsidenten, der Lehrerinnen- und Lehrerverband, die Amtliche Kantonalkonferenz sowie Fachpersonen der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und der Finanzdirektion vertreten. Die Schulvertreter in dem Gremium fanden bei der Regierung indes kein Gehör.

Zu viel Aufwand

«Zwingend wäre, dass verbindlich definiert wird, was einen guten Lehrer oder eine gute Lehrerin ausmacht und welche Kriterien ausschlaggebend sind», schreiben die Schulleiter in ihrem Communiqué. Dazu müssten die Schulleiter Schullektionen besuchen, Elterngespräche, Schülerbesprechungen und Diskussionen der Unterrichtsteams analysieren sowie Unterrichts- und Korrigierte Tests überprüfen können. Diesen Aufwand wolle die Regierung jedoch nicht zulassen. Das neue

Lohnsystem solle ohne Zusatzkosten umgesetzt werden.

«Sollen nun Schulleitungen quasi nebenbei und zusätzlich zur bisherigen Arbeit auf der Basis einer umfangreichen Kriterienliste bis zu 50 Personen pro Schulleitungsmitglied beurteilen und bewerten?», fragen die Schulleiterinnen und Schulleiter. Konflikte wären damit programmiert – und «eine drastische Verschlechterung des Schulklimas». Zudem: «Wenn Regierung und Parlament es wirklich ernst meinen mit der Qualifikation von Lehrpersonen, sind konsequenterweise die Ressourcen bereitzustellen, die nötig sind, um Lehrpersonen seriös zu qualifizieren».

Die Regierung beharrt jedoch auf dem von ihr vorgesehenen «schlankeren MAG für Lehrpersonen». Sie schiebt dabei gegenüber dem Landrat, ungeachtet der Kritik, das eingesetzte Projektteam vor: «Diese breit abgestützte Zusammensetzung und sorgfältig gewählte Vorgehensweise stellen sicher, dass ein praxisorientiertes Instrumentarium entwickelt wird», schreibt die Finanzdirektion in der von der Regierung vor einer Woche verabschiedeten Stellungnahme. Die Lösung sei massgeschneidert und auf die Bedürfnisse der Schulen ausgerichtet.

Ruftaxi knapp durchgerutscht

Pratteln Jetzt also doch. Das Ruftaxi-Angebot für die südliche Hanglage Prattelns wird eingeführt. Dies vorerst in einer zweijährigen Testphase. So wurde es an der Einwohnerratssitzung beschlossen.

Das Ruftaxi-Angebot ist auf Wohnorte begrenzt, die sich ausserhalb des 350-Meter-Radius des ÖV-Einzugsgebietes befinden. Mit der Einführung des Ruftaxis können die Bewohnerinnen und Bewohner an der Südlage in den Quartieren Erli/Käppelimmatt, Chäferberg/Essig und Wigarten/Hagebächli auf der Gemeinde Bons beziehen, die es ihnen erlauben, von ihrem Wohnsitz aus mit dem Taxi auf direktem Weg die Ortsbuslinie 82 zu erreichen. Dies jedoch wenn der ÖV in Betrieb ist. Mit Abgabe dieser Bons an den Taxichauffeur sparen die Nutzer des Angebots fünf Franken pro Fahrt. Die Taxiunternehmen ihrerseits rechnen dann mit der Gemeinde ab. Die Kosten belaufen sich etwa auf jährlich 18000 Franken. Dies bei wöchentlich drei Taxifahrten pro Person, die im entsprechenden Perimeter lebt. Gut möglich, dass die Kosten günstiger, möglicherweise jedoch auch teurer werden.

Die Einführung des Ruftaxis geht auf eine nichtformulierte Einzelinitiative eines ehemaligen Einwohnerrats zurück. Er machte damit auf eine Schwachstelle des öffentlichen Verkehrs aufmerksam. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte im entsprechenden Perimeter besteht allerdings keine Erschliessungspflicht. Der Entscheid war im Einwohnerrat quer durch die Parteienlandschaft umstritten.

Christian Fink

Der Gemeindepräsident wird entmachtet

Asylheim-Affäre Für das Gemeindepersonal ist nun auch in Reinach die Verwaltungsleitung zuständig.

Die Reinacher Asylheim-Affäre, nach der Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP) zurückgetreten ist, hält noch immer nach. Der Einwohnerrat stimmt der Teilrevision des Personalreglements einstimmig zu.

Neu ist die Verwaltungsleitung für sämtliche Personalfragen und Entscheide innerhalb der Verordnungen, die vom Gemeinderat erlassen werden, zuständig. Dem Gesamtgemeinderat obliegt weiterhin die Aufsicht über das Personal. Ziel ist die Entflechtung des Gemeindepräsidiums von personellen und

damit operativen Fragen der Verwaltung. Das forderte auch das externe Gutachten, das zur Aufbereitung der Asylheim-Affäre in Auftrag gegeben wurde.

Kompetenzen behält der Gemeinderat bei Kündigungen, die nicht einvernehmlich verlaufen. Dann kann der Gemeinderat eine Verfügung aussprechen. Gemeindepräsident Melchior Buchs (FDP) steht hinter dem neuen Personalreglement, auch wenn er damit entmachtet wird.

In der Gemeinde läuft die Spezialfinanzierung Wasser aus dem Ruder. In wenigen Jahren droht

die Reinacher Wasserkasse leer zu sein, weil der Einwohnerrat 2006 eine Senkung der Wassergebühren beschloss und die Haushalte laufend weniger Wasser verbrauchen, die Fixkosten aber den Grossteil der Ausgaben bei der Wasseraufbereitung ausmachen. Das Wasserreglement muss revidiert werden, um Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot zu bringen.

Obwohl schon vor der Sitzung klar war, dass das Reglement an die Sachkommission Bau, Umwelt und Mobilität zur Beratung überwiesen werden soll, äusser-

ten Fraktionen deutliche Kritik am Vorschlag des Gemeinderats. Denn dieser sieht «teilweise massive» Gebührenerhöhungen vor, ärgerte sich Irène Kury (FDP). «Wir sind darüber sehr erschrocken.»

Höherer Wasserzins

Der Gemeinderat will den Anteil der Grundgebühr an den Gesamteinnahmen von heute 10 auf 39 Prozent erhöhen. In den vorgeschlagenen drei Varianten soll der Wasserzins pro Kubikmeter von heute 1.10 Franken auf bis zu 1.90 Franken steigen. Der Was-

serzins soll degressiv verlaufen. Damit würde der Preis pro Kubikmeter Wasser ab einer bestimmten bezogenen Wassermenge sinken.

Das kann Rudolf Maeder (SP) nicht nachvollziehen. «Wir haben Zweifel, ob dieser Vorschlag im Sinne des Wassersparens ist. Im Gegenteil, es sollte nach oben teurer werden.» Umstritten ist auch, dass Einfamilienhausbewohner stärker zur Kasse gebeten werden sollen als Bewohner von Mehrfamilienhäusern.

Tobias Gfeller

Bürgerliche Mehrheit versenkt Pläne für Holzkraftwerk

Einwohnerrat Kleinkraftwerk in Wohngebiet in Binningen unerwünscht.

Die Pläne für eine Wärmezentrale beim Spiegelfeld kamen im Binninger Einwohnerrat gar nicht gut an. Die Fraktionen von SVP und FDP wollten nicht auf das Geschäft eintreten – das heisst: gar nicht erst darüber diskutieren. Das Dossier sei «verfahrensmässig falsch aufgestellt», erklärte Urs Brunner (SVP). Nachdem das Projekt einer Wärmeschiene Leimental mit einem Holzkraftwerk in Böttlingen nicht zustande kam, müsse nicht die Gemeinde, sondern die frühere EBM (heute Primio Energie AG) selbst eine Alternative bieten.

Nichteintreten sei falsch, es brauche eine Diskussion, meinte Thomas Hafner (CVP). Er frage sich aber, ob eine Holzheizung mit einem 28 Meter hohen Kamin

mitten ins Dorf passe. Primio solle sich dem IWB-Fernwärmenetz anschliessen.

Stephan Appenzeller (SP) betonte, mit dem Projekt könnte CO₂ reduziert werden. Ob aber ein Kleinkraftwerk in ein Wohngebiet und neben ein Schulhaus passe? Eine Variante neben dem neuem Werkhof oder eine unterirdische Lösung wären vielleicht möglich. Auch Beatrice Büschlen (Grüne) wollte auf das Geschäft eintreten: Der Slogan «nach mir die Sintflut» gehöre nicht zur Strategie der Grünen.

Ein Anschluss ans IWB-Fernwärmenetz sei nicht möglich, sagte Gemeinderätin Caroline Rietschi (SP): «Die IWB können die Wärme nicht liefern.» So habe der Gemeinderat eine andere Lösung gesucht. Trotzdem

stimmte ein Mehrheit von 21 zu 19 Stimmen für Nichteintreten.

Parkplatz-Abbau verhindert

Das Parlament bewilligte indes vier Millionen für die Erneuerung des untersten Teils der Benkenstrasse. 1,44 Millionen sind für die Strassenkorrektur vorgesehen, 2,51 Millionen für die neue Sauberwasserleitung. Die Bushaltestellen Kronenplatz werden behindertengerecht ausgebaut.

Um dafür Platz zu schaffen, werden die Parkplätze auf der Ostseite angeordnet. Dass dabei zehn Parkplätze wegfallen, missfiel der SVP und der FDP. Beide Fraktionen stellten fast gleichlautende Anträge: Wegfallende Parkplätze müssten in der Nähe kompensiert werden. Das sei nicht möglich, erklärte Gemein-

derätin Rietschi: «Wir können die Strasse nicht breiter machen, als sie ist.» Die Parkplatznot sei zudem nicht so gross. Zum Schluss setzten sich jedoch wiederum FDP und SVP durch: Mit 21 zu 18 entschied der Rat, das Projekt ohne Parkplatzabbau zu realisieren.

«Kein Bahnanschluss an den Euro-Airport (EAP)», forderte SP-Einwohnerrat Ralph Büchel in Postulat. Er befürchtet, mit einem Bahnanschluss würden das EAP-Einzugsgebiet und damit die Zahl der Passagiere weiter steigen. Dabei sei die Schmerzgrenze für Fluglärm-geplagte Anwohner längst erreicht. Das Postulat wurde mit 19 zu 17 Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

Rolf Zenklusen

Nachrichten

86-Jährige von Tram erfasst

Muttenz Eine 86-jährige Frau ist gestern in Muttenz von einem Tram erfasst worden. Die Rentnerin überquerte die Tramgleise beim Bahnübergang bei der Tramhaltestelle «Zum Park», als sich ein von Basel her kommendes Tram näherte. Sie zog sich Verletzungen zu und musste ins Spital eingewiesen werden. (sda)

Abwasserrechnung mit leicht tieferen Kosten

Liestal Die Kosten für die Abwasserbehandlung im Baseltal sind 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent gesunken. Die Abwasserrechnung der kantonalen Abwasseranlagen schliesst mit Netto-Jahreskosten von 27,4 Millionen Franken. Die Regierung begründet den Rückgang mit tieferen Abschreibungen. (sda)